



Linke fordert einen Fahrgastbeirat für die ASEAG

Die ASEAG ist eines der größten kommunalen Verkehrsunternehmen in Deutschland, das einen reinen Busbetrieb anbietet. Die Aachener Linke steht zu diesem Unternehmen, das auch in den nächsten Jahren den Busverkehr in Stadt Aachen und Städteregion organisieren wird.

Aber nicht erst die Pannen um die Einführung des E-Tickets und zum Fahrplanwechsel (Einführung des Netliners im Südraum) führen dazu, dass DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen von der Notwendigkeit eines Fahrgastbeirats bei der

Das Beispiel anderer Kommunen (Köln, Düren, Solingen u.v.m.) zeigt, dass es sinnvoll ist, Kunden in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Fahrgäste, die regelmäßig den Bus nutzen, wissen, wo und wann es Probleme gibt, wenn Busse zu bestimmten Zeiten überfull sind oder Anschlüsse nicht funktionieren. Dieses Wissen sollte die ASEAG nutzen. Der öffentliche Personennahverkehr ist Teil der Daseinsvorsorge. Was liegt näher, als die Bevölkerung direkt an der Planung zu beteiligen? In der gesamten Bundesrepublik gibt es mittlerweile über 100 solcher Beiräte.

Jamaika, Groko, Neuwahlen oder Aufwertung des Parlaments?



Die Regierungsbildung in Deutschland zieht sich hin. Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung Anfang Dezember 2017 ist unklar, wie lange.

Jamaika, das Bündnis aus CDU/CSU, FDP und Grünen, ist gescheitert. Dabei war nicht nur erschütternd, worüber man sich nicht einig war, sondern worüber man sich einig war: Etwa über eine massive militärische Aufrüstung oder über den Verzicht auf Maßnahmen gegen die galoppierende soziale Ungleichheit. Zurzeit wird über eine erneute große Koalition von SPD und CDU/CSU geredet, die gar nicht mehr so groß wäre. Martin Schulz ist von seiner kategorischen Ablehnung dieser Groko abgerückt, eine Ablehnung, die immer etwas Unglaubliches hatte: Im EU-Parlament war Schulz einer der Architekten der dortigen großen Koalition und drückte etwa als Parlamentspräsident das

umstrittene Konzernermächtigungsabkommen CETA durch. Das Grundgesetz stellt aus gutem Grund hohe Hürden für Neuwahlen auf. Bei Neuwahlen in einigen Monaten ist außerdem nicht absehbar, dass sich die Gemengelage tatsächlich ändert. Und dann? Same procedure? Warum aber tut sich Deutschland so schwer mit einer Minderheitsregierung? Eine solche Regierung gibt es problemlos in anderen europäischen Ländern, in einigen sogar mit großem Erfolg, etwa in Portugal. Auch in NRW gab es von 2010 – 2012 eine Minderheitsregierung. Rückblickend war das die beste Zeit im Landtag: Die Studiengebühren wurden wieder abgeschafft, das Personalvertretungsgesetz beschäftigtenfreundlich verabschiedet und die Abwahlmöglichkeit von Bürgermeistern eingeführt. Bei einer Minderheitsregierung wird das Parlament aufgewertet. Die Regierung müsste im Parlament für ihre Vorhaben um Mehrheiten ringen. Traditionell



© Stefan Bayer_pixelio.de

Mit einem Ratsantrag will die Fraktion jetzt Druck machen. Ein effektiver und kundenorientierter Nahverkehr ist auch umweltpolitisch eine passende Antwort auf die Herausforderungen durch Beieinträchtigungen der Luftqualität und drohenden Fahrver-

boten. Der Fahrgastbeirat ist ein geeignetes Instrument zur Steigerung der Zuverlässigkeit und Bürgernähe des ÖPNV.

Harald Siepmann
Mobilitätspolitischer Sprecher im Rat der Stadt Aachen

werden solche Vorhaben im Kabinett beschlossen und dann über die Regierungsfaktionen durchs Parlament gestellt. Die dortigen Debatten, die die Öffentlichkeit dann miterlebt, sind folglich wenig ernsthaft und eher Show-Veranstaltungen. Entschieden ist ja längst. Viele stößt das verständlicherweise ab. Eine lange Hängepartie ohne arbeitendes Parlament ist auch problematisch: Die gegenwärtige Bundesregierung ist nur ‚geschäftsführend‘ im Amt. Sie darf eigentlich keine weitreichenden Entscheidungen treffen. Das Parlament, das ja die Regierung kontrollieren soll, arbeitet aber nur eingeschränkt und wartet auf die Regierungsbildung. DIE LINKE hat von Anfang an gefordert, das Parlament arbeitsfähig zu machen und die Ausschüsse einzusetzen. Das wurde von den Jamaika-Parteien CDU/CSU, FDP, Grüne abgelehnt. Zwei weitreichende Entscheidun-

gen der geschäftsführenden Bundesregierung sind hoch problematisch: Zum einen die Zustimmung, aus der Europäischen Union eine Militärunion (PESCO) zu machen. Das soll auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember beschlossen werden und wird zu massiver Aufrüstung führen. Zum zweiten die Entscheidung durch den Agrarminister Christian Schmidt, das Gift Glyphosat zuzulassen. Beide Entscheidungen wurden getroffen, ohne dass das Parlament angemessen handlungsfähig ist. Auch deshalb braucht es eine schnelle und vollständige Konstituierung des Parlamentes. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für das gute Ergebnis der LINKEN in Aachen bedanken. Ich werde mich in Berlin weiterhin für eine soziale und friedliche Politik einsetzen.

Andrej Hunko,
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bezahlbarer Wohnraum für Studis? Fehlanzeige

In fast allen Universitätsstädten ist die Wohnsituation angespannt. Auch Aachen, die „westlichste Großstadt Deutschlands“ ist da keine Ausnahme. Besonders für Studierende macht sich diese Situation bemerkbar. Denn explodierende Mieten erschweren ein Studium in besonderem Maße.

Bei einem durchschnittlichen Mietspiegel in Aachen von 9 – 11€ pro m² müssen viele tief in ihre Tasche greifen. Weil viele Studierende aber kein oder zu wenig BAföG erhalten und kein reiches Elternhaus vorweisen können, arbeiten viele neben dem Studium noch bis zu 20 Stunden in der Woche. Selbst dann ist der finanzielle Gürtel für viele immer noch zu eng. Spekulation und Profitgier treiben die Mieten noch höher und Studierende, Senioren und finanziell Schwache aus den Innenstädten. Hier wäre die Politik gefordert, endlich für solche Menschen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aber in 5 Jahren rot – grüner Landespolitik verschlechterter sich die Lage sogar. In Aachen zeigte sich das ganz besonders. Im Verwaltungsrat des Studierendenwerks saß

mit Daniela Jansen eine örtliche Landtagsabgeordnete der SPD vor. Diese setzte sich aber keinesfalls für eine Verbesserung der Wohnungssituation in Aachen ein. Im Gegenteil, Wohnungen von 12qm kosten im Studierendenwohnheim bereits 180€ warm. Dies ist deutlich höher als die Werte im Aachener Mietspiegel. Nun sind diese Wohnungen auch ziemlich alt. Selbst in der aktuellen Niedrigzinsphase will das Studierendenwerk keine Kredite zur Wohnungsanlagen-Sanierung auf-treiben können. Stattdessen wurden die Mieten in allen Anlagen um bis zu 30% erhöht. Die Mietpreibremse konnte hier dank rot – grüner Politik umgangen werden. Renoviert wurde immer noch nicht.

Die Studierenden wollten sich damit jedoch nicht abfinden und organisierten eine Demonstration gegen die steigenden Mieten. Der Geschäftsführer des Studierendenwerks reagierte damit, gegenüber den Wohnheimsräten (ein gewähltes Gremium der studentischen Bewohner) die Gesprächsbereitschaft aufzukündigen. Daraufhin fanden in den Wohnheimen Neuwahlen statt, in denen jedoch die bisherigen



Bundesarchiv_Bild_183-1990-0805-303,_Berlin,_Hausbesetzer_Frankfurter_Tor (1)

Wohnheimsräte bestätigt wurden. In der Sitzung des Verwaltungsrates wurde dann über die Wohnheime diskutiert. Leider ohne uns. Denn die Treffen sind nicht öffentlich. Dies wurde damals so begründet, dass sonst die studentischen Teilnehmer durch andere Studierende unter Druck gesetzt werden könnten. Alle 4 studentischen Vertreter stimmten gegen diese Regelung, was leider nicht für eine Mehrheit gereicht hat. Dieses Gremium muss dringend demokratisiert werden.

Das wird jedoch nicht reichen. Hier wird dringend eine starke linke Kommunal- und Landespolitik benötigt. Denn es muss dafür gesorgt werden, dass die Städte wieder den Menschen gehören und nicht den Spekulanten. Es muss dafür gesorgt werden, dass man nicht unzähligen Nebentätigkeiten nachgehen muss, um trotzdem nur

in einer heruntergekommenen Wohnung hausen zu können. Es muss dafür gesorgt werden, dass alle Studierende mit BAföG versorgt werden, und dies länger als die Regelstudienzeit, damit sich aufs Studium konzentriert werden kann. Deutlich mehr öffentlicher Wohnungsbau ist nötig, damit ein gutes Wohnen für alle möglich wird. Denn nicht nur Studierende, sondern auch finanziell Benachteiligte und Senior_innen leiden unter dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Außerdem darf durch die schwarz-gelbe Landesregierung das Sozialticket nicht gestrichen und dadurch noch mehr Bedürftige aus den Städten vertrieben werden. Letztendlich müssen Mieter_innen vor der Profitgier von Wohnungsgesellschaften geschützt werden.

Kai Wallbaum,
für den SDS Aachen.

Digitalisierung



Die Digitalisierung, Arbeit 4.0, das Internet 2.0. Viele Begriffe schwirren umher, viele Versprechungen werden gemacht. Alle Lebensbereiche verändern sich. Die Geschwindigkeit der Veränderung verunsichert. Manches wird einfacher und schneller, vieles wird unübersichtlicher. Es gibt viel unkritische Begeisterung, aber auch viele Ängste.

Digitalisierung ist mehr als schnelles Internet. Zur Kommunikation zwischen Mensch und Maschine kommt jetzt die Kommunikation von Gerät zu Gerät.

Der Kühlschrank, der Milch selbstständig bestellt, ist ein Beispiel. Damit sind weitere Arbeitsplätze im Einzelhandel gefährdet.

Die gesamte Arbeitswelt verändert sich. Viele Arbeitsplätze fallen weg, neue entstehen. Geht es nach den Unternehmen, orientieren sich die Arbeitszeiten an den Robotern. Die sind rund um die Uhr im Einsatz, die Menschen werden nach Bedarf dazu bestellt. Arbeit auf Abruf, ohne Zuschläge für Schichtarbeit oder Sonntagsarbeit, das ist mit „Flexibilisierung“ gemeint. Jetzt ist radikale Arbeitszeitverkürzung notwendig. An den Bedürfnissen der Menschen orientierte Arbeitszeitmodelle verhindern nicht nur die drohende Massenarbeitslosigkeit, sondern auch die Zunahme psychischer Erkrankungen durch Arbeit.



Wer garantiert die Datensicherheit, wenn Computer entscheiden, welche Daten gespeichert werden und an wen sie weitergegeben werden? Schon heute löst eine Aktivität eines Kunden im Internet dutzende Analyse- und Speichervorgänge aus.

Was passiert, wenn das autonome Fahrzeug einen Schaden verursacht? Wer haftet: der Programmierer, der Hersteller des Computers oder der

Fahrzeughersteller? Was die Aussagen der Hersteller wert sind, ist beim Dieselskandal zu besichtigen. Technischer Fortschritt bedeutet eben nicht automatisch gesellschaftlichen Fortschritt. Dafür müssen wir selbst sorgen, das nimmt uns keine Maschine ab. Die Technik muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dafür steht die Linke.

Jörg Taufenbach,
Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen

Das Imperium schlägt zurück Landesregierung plant einen Angriff auf den Sonntagsschutz

Die Forderung nach (einkaufs-) freien Sonntagen und mehr Zeit für das soziale Leben gerade auch für die Beschäftigten ist eine der wichtigsten Forderungen der Handelsbeschäftigten seit über hundert Jahren. In den letzten Jahren wurden die Errungenschaften der Ladenschlussgesetze und auch des freien Sonntags immer stärker angegriffen.

Noch bis in die 1990er Jahre waren Öffnungszeiten bis spätestens 18.30 Uhr vorgeschrieben. Erst die Föderalismusreform und damit die Übertragung der Ladenschlussgesetze auf die Länderebene haben dafür gesorgt, dass viele Länder die Öffnungszeiten werktags weitgehend liberalisiert haben. Heute ist das Einkaufen bis 22 Uhr oder gar bis Mitternacht vielfach normal geworden. Dies betrifft nicht nur die Beschäftigten im Handel. Schließlich bietet eine so weite Ausdehnung der Verfügbarkeit der Infrastruktur auch in anderen Branchen die Chance, die Arbeitszeiten immer weiter auszudehnen.

Nun plant die neue Landesregierung den nächsten Angriff auf die Ladenöffnungszeiten. Nachdem ver.di in den vergangenen Monaten alleine in NRW mehr als 70 Klagen gegen rechtswidrige Genehmigungen von verkaufsoffenen Sonntagen geführt hat und fast durchgängig erfolgreich war, haben die Kommunen und Handelsverbände sich massiv beklagt. Die IHK in NRW hat ein Gutachten dazu in Auftrag gegeben, wie die aus ihrer Sicht nervigen Vorschriften umgangen werden können. Insbesondere ist ihnen der sogenannte Anlassbezug ein Dorn im Auge. So dürfen nach der aktuellen Gesetzeslage verkaufsoffene Sonntage immer nur ein Beiwerk für eine größere Anlassveranstaltung sein. Dies könnte beispielsweise ein Markt, eine Messe oder ein Stadtfest sein. Diese Vorgabe haben allerdings nicht nur Landesgerichte, sondern auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bereits bestätigt. Das Gutachten der IHK geht aber davon aus, dass auch Sachgründe wie die Belebung der

Innenstädte ausreicht, um Sonntagsoffnungen zu genehmigen.

Die Landesregierung hat die Rechtsauffassung dieses Gutachtens unverändert übernommen und am 23. November in der ersten Lesung im Rahmen des sogenannten Entfesselungspaketes in den Landtag eingebracht. Trotz öffentlichen Protests der Gewerkschaften, der Kirchen und auch der Oppositionsparteien wird es schwer sein, die Landesregierung von ihrer aktuellen Rechtsauffassung abzubringen. Dabei sind Sachgründe, wie die Belebung der Innenstädte, so unspezifisch, dass sie an jedem Sonntag in jeder Innenstadt herangezogen werden können und somit Städte und Kommunen auf dieser Grundlage völlig willkürlich entscheiden können, wann sie öffnen wollen. Dies widerspricht aber dem grundgesetzlich garantierten Sonntagsschutz, der eben nicht willkürlich umgangen

werden kann, sondern nur aus sehr gewichtigen Ausnahmen. Auch das von der Landesregierung bemühte Argument, dass der stationäre Handel vor dem stärker werdenden Online-Handel geschützt werden muss, greift an dieser Stelle nicht. Der Vorteil des Onlinehandels ist die Möglichkeit, vom Sofa aus günstig einzukaufen. Dieser Vorteil wird auch durch eine Ausweitung der Öffnungszeiten nicht kompensiert.

Wer aber zumindest finanziell für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen möchte, der sollte sich anstelle der Ausweitung der Öffnungszeiten für die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge im Handel einsetzen und dafür sorgen, dass auch Amazon seine Beschäftigten nach Handelstarifvertrag zahlen muss.

Nils Böhlke (Gewerkschaftssekretär in der Landesfachbereichsleitung ver.di Handel NRW)

Wohnungslose sind die Leidtragenden einer verfehlten Wohnungspolitik



„860.000 Menschen ohne Wohnung sind ein Armutszeugnis für unser Land. Die Bundesregierung darf nicht länger die Augen verschließen“, erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG-W) vorgelegten Schätzung zur Zahl bundesweit wohnungsloser Menschen. Lay weiter:

„Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind die sichtbarsten und un-menschlichsten Symptome der verfehlten Wohnungspolitik der vergangenen Jahre. Der Bund muss endlich Verantwortung übernehmen. Der Mietenwahnsinn muss gestoppt und das Mietrecht sozialer gestaltet werden, um Wohnungsnot und Zwangsräumungen zu verhindern. Für die Betroffenen ist der Verlust der eigenen Wohnung oft der Beginn eines Teufelskreises.

Deshalb brauchen wir eine wohnungspolitische Kehrtwende mit einem Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum ist der Schlüssel im Kampf gegen Wohnungslosigkeit – und die Verhinderung von Wohnungslosigkeit ist der Gradmesser für eine soziale Wohnungspolitik.

Seit Jahren fordern Verbände und DIE LINKE die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik. Verlässliche Zahlen sind der unerlässliche erste Schritt. Ein umfangreiches Konzept muss folgen. Nur so lässt sich das skandalöse Ausmaß der Wohnungslosigkeit erfassen. Stattdessen zeigt die Bundesregierung den Wohnungslosen die kalte Schulter und überlässt die Not der Betroffenen den Ländern und Kommunen.“

Caren Lay,

Mitglied des Deutschen Bundestages
Pressemitteilung 14. November 2017



Der zu verteilende Kuchen wird nicht größer

Geschönte Fassade, marode Substanz

Zum Arbeitsmarktbericht NRW November 2017



„Auch der in erster Linie saisonbedingte Rückgang der Arbeitslosenzahlen in NRW kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dauerbaustellen des NRW Arbeitsmarktes weiterhin ein erschreckendes Ausmaß haben,“ kommentiert der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik im Landesvorstand der Partei DIE

LINKE in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Aust, die aktuellen Zahlen.

„Während zwar die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit auf 668.332 arbeitslose Menschen zurückging, liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit, die beschönigend als Unterbeschäftigung bezeichnet wird, weiterhin bei 920.016 Erwerbslosen.“

Fortsetzung Seite 5



Luxusgut Wohnen oder das Recht auf Wohnen Gedanken zum Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW

Wohnen sei ein Menschenrecht. Wahr- oder gar ernst genommen wird ein solcher Hinweis selten, und doch ist das Recht auf Wohnen ein international verbrieftes Menschenrecht.

Als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard ist es fest verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in dem von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt von 1966 (seit 1976 in Kraft).

Inhaltlich konkretisiert wurde es nicht zuletzt durch die Allgemeinen Kommentare des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Berichte der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Wohnen. Das Menschenrecht auf Wohnen fordert die hinreichende Verfügbarkeit und den Schutz angemessenen Wohnraums, einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum sowie eine menschenwürdige Wohnqualität und Wohnlage.

Ebenso wie andere soziale Menschenrechte stellt es keine Maximalforderungen auf, sondern formuliert Mindestgarantien für ein menschenwürdiges Leben, welche die Staaten zu achten, zu schützen und zu gewährleisten haben. Dabei ist eine sichere, angemessene und dauerhaft finanzierbare Wohnung eine unabdingbare Voraussetzung für

ein menschenwürdiges Leben. Findet dieses nun im Koalitionsvertrag von CDU und FDP Erwähnung?

Das bezahlbarer Wohnraum immer knapper werden wird, wurde schon seit Jahren immer wieder angemahnt. Bund, Land und vor allem die Kommunen versäumten es, im sozialen Wohnungsbau zu investieren. Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wird zwar folgerichtig festgehalten, dass die Mietpreisbremse in Nordrhein-Westfalen ihren Zweck nicht erfüllt und der Bedarf nach bezahlbaren Wohnraum wächst. Folgerichtig wäre nun von Seiten des Landes, in den Wohnungsbau zu investieren. Was steht nun im Koalitionsvertrag? Wortwörtlich „Um das Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu vergrößern und für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, wollen wir private Investitionen wieder attraktiver machen. Dazu werden wir die Kappungsgrenzenverordnung und die Mietpreisbegrenzungsverordnung aufheben. ... Die Kündigungssperrfristverordnung, die Zweckentfremdungsverordnung, die Umwandlungsverordnung werden wir aufheben, das Wohnungsaufsichtsgesetz überprüfen. ... Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für Investoren so verbessern, dass es wieder attraktiv wird, in Nordrhein-Westfalen Wohnraum zu schaffen.“

Wieso kann nicht einfach gesagt werden „Bund, Land und die Kommunen werden verstärkt in

den Wohnungsbau investieren und dafür Sorge tragen, das ausreichend bezahlbare Wohnraumangebote bestehen werden“.

Mit der Ankündigung die Kündigungssperrfristverordnung zu überprüfen wird keine Sicherheit geschaffen, im Gegenteil.

Sicherlich ist es hilfreich zu überprüfen, ob alle Bauvorgaben sinnvoll sind und nicht nur die Kosten unnötig in die Höhe treiben. Das Problem ist aber, das es sich immer weniger Menschen leisten können, zu bauen. Befristete und unterbezahlte Jobs lassen da keinen Spielraum zu. Es ist die Aufgabe der Öffentlichen Hand, dafür Sorge zutragen, das es aus-

reichend bezahlbaren Wohnraum gibt und nicht, dass es für Investoren lukrativ wird, in NRW zu bauen.

Anstatt das Versäumnis, zu korrigieren, jahrelang nicht in den sozialen Wohnungsbau investiert zu haben, dazu die Kommunen zu stärken und ihnen die Möglichkeiten zugeben Vorort zu bauen, glaubt die Landesregierung, mit Lockerungen für private Investoren das Problem gelöst zu bekommen.

Dies lässt nicht gerade optimistisch in die Zukunft blicken.

Albert Borchardt,

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler



Sozialer_Wohnungsbau_der_1920er_-_panoramio

WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion • Zollernstraße 16 • 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im StädteRegionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen
e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch:
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen
Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Albert Borchardt, Marika Jungblut,
Dirk Makowski, Michael Bredohl
Layout
Albert Borchardt
Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW, pixabay.com
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Druck
Euregio-Druck, 52068 Aachen, Dresdener Straße 3
Auflage
35.000
Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.
Nächste Ausgabe: Frühjahr 2018
Redaktionsschluss März 2018



© Ute Haupts

Sparkasse verweigert konkrete Auskünfte

Nachdem DIE LINKE die überzogenen Erhöhungen bei den Kontoführungsgebühren zum Jahresbeginn kritisiert hatte, bat sie den Sparkassen-Vorstand schriftlich um eine Korrektur, die auch soziale Aspekte berücksichtigen sollte.

Damit war DIE LINKE die einzige Partei, die sich mit den zum Teil drastischen Erhöhungen nicht einverstanden erklärte. Dieser einseitige Widerstand veranlasste offenbar den Sparkassen-Vorstand zu einer schriftlichen Antwort, die völlig am Thema vorging und keinerlei Stellung zu der berechtigten Kritik bezog.

Um die Notwendigkeit der Gebührenerhöhungen dennoch nachvollziehen zu können, bat DIE LINKE im Sommer den Vorstand um Auskunft, wie hoch die

Mehreinnahmen durch die Gebührenerhöhungen bei den Girokonten kalkuliert wurden.

Zu einer Auskunft war die Sparkasse weder mündlich noch schriftlich bereit.

Konsequent haben die Vertreter der LINKEN aufgrund dieser Verhaltensweisen der neuerlichen Vertragsverlängerung eines Sparkassen-Vorstandsmitgliedes nicht zugestimmt. Das sollte als Zeichen verstanden werden und wurde im Nachgang schriftlich durch die Absichtserklärung ergänzt, dass man die Berechtigung zur Auskunftsverweigerung prüfen lassen wolle. Diese Prüfung wurde zwischenzeitlich auf den Weg gebracht.

Uwe F. Löhr, *Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Städteregionstag*

Fortsetzung **Geschönte Fassade, marode Substanz** **Zum Arbeitsmarktbericht NRW November 2017**

Die offiziellen Zahlen verschleiern Monat für Monat, dass von den 1.189.764 erwerbsfähigen Menschen, die im November 2017 Hartz IV-Leistungen erhielten, allein ca. 750.000 Menschen Langzeitbezieher sind und die offiziell registrierte Zahl von 284.216 Langzeitarbeitslosen nahezu um das dreifache übersteigen. Von diesen Langzeitbeziehern nahmen 2017 bisher lediglich 1,26% eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf.

Auch der NRW-Ausbildungsmarkt lässt eine große Zahl von Jugendlichen im Regen stehen, wenn von 136.973 gemeldeten Bewerber*innen allein 22.617 ohne Ausbildungsplatz bleiben. Doch die unverändert neoliberal ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik täuscht die Öffentlichkeit ständig über diese unbearbeiteten Problemlagen hinweg, wenn sie die Zunahme sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als den

eigentlichen Erfolg verbucht. Dass diese hauptsächlich auf wachsender prekärer Beschäftigung beruht, wird geflissentlich unter den Teppich gekehrt. Denn während die Vollzeitstellen nur um 1% anstiegen, nahmen die Teilzeitstellen um 4,5% auf 1.783.475 Stellen zu. Auch die Leiharbeitsbranche wuchs um weitere 6,7% auf 213.300 Beschäftigte. Diese Zahlen dokumentieren vielmehr, dass sich hinter der regelmäßig geschönten Fassade eine marode Substanz verbirgt. Wenn die weiterhin unverändert hohe Dauerarbeitslosigkeit wirklich bekämpft werden soll, dann müsste ein groß dimensioniertes öffentliches Beschäftigungsprogramm aufgelegt werden, wie es DIE LINKE seit langem fordert, statt die Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung ständig zurückzufahren."

Jürgen Aust, *DIE LINKE. NRW*
Pressemitteilung 1. Dezember 2017

LINKE fordert Gesamtkonzept zur Verbesserung der Luftqualität



© Ute Haupts

Mit Mut und Augenmaß für eine lebenswerte Stadt. Die Luft in Aachen muss sauberer werden. Dafür stehen alle Kommunalpolitiker in der Verantwortung. Das ist kein Wahlkampfthema, sondern sicherzustellende Daseinsvorsorge.

Um dieses Ziel zu erreichen, können die Aachenerinnen und Aachener konstruktive Zusammenarbeit und die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien im Rathaus erwarten. Viele Köpfe haben viele Ideen, deren Realisierung es zu prüfen gilt – hier ist eine ganz große Koalition aus GroKo und Opposition gefragt. Befindlichkeiten und Konkurrenzdenken sind fehl am Platz! Leider ist die Wirklichkeit eine Andere. In den letzten Jahren hatte DIE LINKE viele Vorschläge eingebracht, deren Umsetzung noch nicht einmal geprüft wurde oder die von der GroKo aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt worden sind.

Keine andere Mobilität ist so umweltschonend wie die Fortbewe-

gung zu Fuß oder mit dem Fahrrad. In Aachen jedoch ist insbesondere Fahrradfahren lebensgefährlich, wie tragische Unfälle zeigen. Der Ausbau sicherer Radwege muss neben der Entschärfung von Verkehrsführungen hohe Priorität haben. Hierzu hat z.B. der planungspolitische Sprecher der Aachener Stadtratsfraktion, Marc Beus bereits zu Beginn des Jahres eine Änderung der Verkehrsführung an der Schanz beantragt. Doch noch immer gibt es dazu keine Vorlage der Stadtverwaltung für die betreffenden Ausschüsse.

Der Straßenraum muss zugunsten von ÖPNV und Fahrrädern umverteilt werden, beispielsweise durch das Aufstellen von Fahrradboxen auf heutigen Autostellplätzen, wie es von der Linksfraktion im September 2016 beantragt worden ist. Auch hier warten wir auf die Behandlung in den politischen Gremien. Die Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass im neuen Haushalt 2018 entsprechende Mittel eingesetzt werden.

Die GroKo aus CDU und SPD muss endlich aufhören, bei sämtlichen

Verkehrskonzepten das Auto in den Mittelpunkt zu stellen. Zwar haben beide einer Überprüfung der Parkgebühren zugestimmt, die in Aachen vergleichsweise niedrig sind. Aber bereits bei der Aufhebung der Gebührenfreiheit an Sonn- und Feiertagen innerhalb des Grabenrings sehen CDU, SPD und FDP das Ende des Abendlandes. Dabei ist der Umwelt egal, ob Autos mit dem Berufs-, Einkaufs- oder Besuchsverkehr in die Stadt kommen.

Ein Antrag unserer Fraktion für einen autofreien Sonntag im Jahr (in vielen europäischen Städten seit Jahren selbstverständlich) wurde leider erst im September behandelt. Gerade ein solcher Tag hätte eine hohe Symbolkraft gehabt in Zeiten von Dieselgate und Umweltzone. Zudem: Wenn Paris im Oktober 2017 ihren mittlerweile dritten autofreien Tag begangen hat, kann dies für Aachen kein Ding der Unmöglichkeit sein. Allgemeine Fahrverbote oder spezielle Verbote nur für Dieselfahrzeuge hingegen sieht DIE LINKE kritisch. Aus unserer Sicht ist es wichtiger, das Angebot an

Alternativen zu verbessern. Mit Bus, Bahn und Fahrrad in die Stadt zu fahren, sollte so attraktiv werden, dass nur in Ausnahmefällen auf das Auto zurückgegriffen wird. Dafür muss unter anderem der öffentliche Personennahverkehr verbessert und für alle bezahlbar werden. Elektromobilität ist dabei in Form von E-Bussen oder E-Bikes wichtig, aber kein Allheilmittel: E-Autos haben einen ähnlich hohen Flächenverbrauch wie Autos mit Verbrennungsmotoren, und der ökologische Vorteil sollte nicht wie bisher nur beim Antrieb (über 100% erneuerbare Energien), sondern über den gesamten Lebenszyklus inklusive Herstellung (Akkus!) hinweg gegeben sein. Zudem darf eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik nicht an den Stadtgrenzen halt machen. So muss nicht nur in Aachen, sondern auch in den umliegenden Städten das Verkehrsangebot verbessert werden, auch in Form neuer oder ausgebauter Park&Ride-Plätze für den Umstieg vom PKW in Bus und Bahn.

Harald Siepmann

Mobilitätspolitische Sprecher im Rat der Stadt Aachen



Frieden auf Erden
Waffenexporte stoppen!

Was für eine Welt können wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Albert Einstein (1879-1955)

DIE LINKE.

„FRIEDEN AUF ERDEN“
Ist die Weihnachtsbotschaft noch aktuell?

Die Bundesregierung soll gemäß NATO-Vereinbarung die Rüstungsausgaben verdoppeln - von bisher 36 Milliarden auf 70 Milliarden Euro - Geld, das dann unter anderem für Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur wie Schulgebäude, Sportplätze, Nah- und Fernverkehr, sozialer Wohnungsbau fehlen würde.

Kriege haben noch kein Problem gelöst, sondern immer neue geschaffen. In weiten Teilen der Welt Millionen Tote, Verletzte, Geflüchtete, zerstörte Länder.

Dieser Teufelskreis muss beendet werden! Es gibt Auswege aus der Spirale der Gewalt.

Ein Leben frei von Krieg und Angst ist ein hohes Gut, das jedem Menschen zusteht und für das wir beharrlich eintreten müssen.

DESWEGEN FORDERN WIR insbesondere die Volksvertretenden aus unserer Region dazu auf, sich im Bundestag wirksam einzusetzen für:

- ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
- ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN
- KEINE MILITÄRSTÜTZPUNKTE IM AUSLAND
- WAFFENEXPORTS STOPPEN
- FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN
- LANDRAUB, UNFAIRE HANDELSABKOMMEN, SPEKULATION MIT LEBENSMITTELN BEENDEN
- SOZIALAUSGABEN ERHÖHEN STATT GELD FÜR RÜSTUNG

Lasst uns eine andere, eine solidarische Welt bauen! Werdet aktiv und besucht uns!

DV STR Aachen
DIE LINKE

DIE LINKE.



DIE LINKE Aachen thematisierte am Donnerstag 29.11.2017 auf dem Aachener Weihnachtsmarkt die Weihnachtsbotschaft „Friede auf Erden“.

Weihnachtsbotschaft „Frieden auf Erden“ noch aktuell?

Die Bundesregierung soll gemäß NATO-Vereinbarung die Rüstungsausgaben verdoppeln - von bisher 36 Milliarden auf 70 Milliarden EURO; Geld, das dann unter anderem für Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur (Schulgebäude, Sportplätze, Nah- und Fernverkehr, sozialer Wohnungsbau) fehlen würde.

Wir dagegen halten es mit der seit 2000 Jahren geltenden Weihnachtsbotschaft und fordern die Regierung - insbesondere die Volksvertreter_innen aus unserer Region auf, sich im Bundestag wirksam einzusetzen für...

- Abrüsten statt Aufrüsten - kein Krieg in unserem Namen
- Atomwaffen abschaffen - in Deutschland damit anfangen
- Bundeswehr abrüsten - keine Militärstützpunkte im Ausland
- Waffenexporte stoppen
- Fluchtursachen (Kriege, Hunger, Landraub, unfaire Handelsabkommen, Spekulation mit Lebensmitteln...) bekämpfen
- Sozialausgaben erhöhen statt Geld für Rüstung

Kriege haben noch kein Problem gelöst, sondern immer neue geschaffen: In weiten Teilen der Welt Millionen Tote, Verletzte, Geflüchtete, zerstörte Länder. Dieser Teufelskreis muss beendet werden! Es gibt Auswege aus der Spirale der Gewalt.

Ein Leben frei von Krieg und Angst ist ein hohes Gut, das jedem Menschen zusteht und für das wir beharrlich werben müssen. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert.

Mangelware bezahlbarer Wohnraum

Es gibt Dinge, auf die man verzichten kann, man braucht z. B. nicht unbedingt einen SUV, um in der Stadt keinen Parkplatz zu finden, oder man muss nicht einmal um die halbe Welt fliegen, um Urlaub zu machen. Was man aber braucht, ist ein Dach über dem Kopf.

Da bezahlbarer Wohnraum in Aachen und mittlerweile in der gesamten Städteregion zu einer Mangelware geworden ist, nutzen einige Vermieter dies aus, um ihren Gewinn zu maximieren.

Da wird dann auch gerne schon mal entmietet, um die Altmietler gegen Neue auszutauschen, die dann mehr Miete zahlen und durch unseriöse Mietverträge weniger Rechte haben.

So auch im Fall von Frau B. Seit Jahren versucht ihr Vermieter, sie aus der Wohnung zu drängen, weil er bei Neuvermietung die doppelte Miete kassieren kann. Jetzt hat er es geschafft, und Frau B. muss zum 01.01.18 ihre Wohnung räumen.

Da die Räumungsklage schon eine Weile läuft, hat Frau B. sich natürlich auf Wohnungssuche begeben. Nur gefunden hat sie nichts, da der Markt an bezahlbarem Wohnraum faktisch kaum vorhanden ist, und Wohnungen, die der Angemessenheit des schlüssigen Konzepts der Städteregion Aachen entsprechen, und bei denen der Vermieter an Erwerbslose vermietet, so gut wie gar nicht zu finden sind.

Aber Frau B. hatte Glück: Über einen Bekannten hätte sie zum 01.11.17 eine Wohnung bekommen können, die nur minimal (19,- Euro) über der Angemessenheit des schlüssigen Konzepts lag.

Jetzt sollte man denken, dass das Jobcenter in solch einer Notsituation bereit wäre, seinen Ermessensspielraum auszunutzen um diese „Mehrkosten“ zu übernehmen und Frau B. so

vor der Obdachlosigkeit zu bewahren.

Falsch gedacht: Das Jobcenter, respektive eine Teamleiterin, hat Frau B. schriftlich bescheinigt, dass es in Aachen genügend freien Wohnraum für Einzelpersonen gibt, die innerhalb der Angemessenheit des schlüssigen Konzepts liegen. Zitat der Teamleiterin: „Wir genehmigen jeden Tag zig Wohnungen, die angemessen sind.“ Und das, obwohl der

Städteregionstag bereits im März 2016 feststellte, dass es in Aachen nicht genügend freien und bezahlbaren Wohnraum gibt, und die Situation sich seitdem nicht verbessert, sondern noch verschlechtert hat.

Auch das Aachener „Sozial“gericht sah keinen Grund, einem Antrag auf eine einstweilige Anordnung von Frau B. stattzugeben, da auch ihm das Jobcenter bescheinigte, dass es ausreichend freien Wohnraum gäbe und bis zu 01.01.18 ja noch jede Menge Zeit wäre, eine Wohnung zu finden.

Auch der Einwand, dass das schlüssige Konzept der Städteregion Aachen zum 01.11.2017 ausgelaufen ist, da es im November 2015 fortgeschrieben wurde, diese Fortschreibung nur zwei Jahre gültig ist, und bis zur Erstellung eines neuen schlüssigen Konzepts in Ermangelung eines qualifizierte Mietspiegel der Stadt Aachen zur Bemessung der Angemessenheit das Wohngeldgesetz §12 herangezogen werden müsste, fand beim „Sozial“gericht keine Beachtung.

Und das obwohl dieser für Frau B. wesentlich günstiger gewesen wäre, denn die „Angemessenheit“ für die Nettokaltmiete liegt zur



Zeit nach §12 WoGG inkl. Sicherheitszuschlag bei 380,- Euro.

So wird Obdachlosigkeit billigend in Kauf genommen. Frau B's Fall ist dabei kein Einzelfall, ihre Obdachlosigkeit ab 1.1.18 jedoch absehbar.

Sehr gespannt bin ich schon auf das neue „schlüssige Konzept“, in dem wird sich zeigen, wie man aus einem kaum vorhandenen Wohnungsmarkt Mieten nach dem Motto ableitet „Wenn sie denn eine Wohnung zu vermieten hätten und es ein Überangebot geben würde, wie viel würden sie dann für diese Wohnung nehmen?“.

Ich vertrete die Auffassung, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, und dieses sowohl durch die Städteregion Aachen, das Jobcenter als auch das „Sozial“gericht Aachen mit Füßen getreten wird, nur um den Haushalt der Städteregion Aachen zu entlasten, und wenn dabei ein paar Menschen auf der Strecke bleiben, was soll es, sind ja nur Arme, und von denen haben wir in der Städteregion ohnehin genug.

Robert Schwedt

Mitglied werden. Hier und jetzt!
DIE LINKE.

DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastr. 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter
<http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: 0241 / 432-7244
Fax: 0241 / 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Alsdorf**

Thomas Langer
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf
eMail: thomas.langer@dielinke-aachen.de
Tel.: 0151 / 46248391

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus: 2. OG- Raum 214
Mariastraße 2 | 52499 Baesweiler
Tel.: 02401 / 800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus: Raum 177
52249 Eschweiler | Johannes-Rau-Platz 1
Telefon: 02403 / 71-509 | Fax: 02403 / 60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag, Dienstag und Donnerstag: 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1. OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

Fraktion UBL Herzogenrath

Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Tel.: 02406 / 12954

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Stolberg**

Rathaus: 1. OG, Raum 109
Rathausstr. 11-13 | 52222 Stolberg
Tel.: 02402 / 13484
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

LVR-Fraktion DIE LINKE

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Postanschrift: LVR, 50663 Köln
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663
eMail: die.linke@lvr.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Mo. 13 bis 15 Uhr und
Do. 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

„Papi, was ist Politik?“

**Ein Sohn fragt seinen Vater:****„Papi, was ist Politik?“**

Da sagt der Vater: „Das ist ganz einfach! Sieh mal, ich bringe das Geld nach Hause, ich bin der KAPITALISMUS. Deine Mutter verwaltet das Geld, also ist sie die REGIERUNG. Der Opa passt auf, dass hier alles seine Ordnung hat, er ist die GEWERKSCHAFT. Unser Dienstmädchen arbeitet für uns, sie ist die ARBEITERKLASSE. Wir alle haben nur das eine im Sinn: nämlich dein Wohlergehen, daher bist du das VOLK. Und dein

kleiner Bruder, der noch in den Windeln liegt, ist die ZUKUNFT. Hast du das verstanden?“

Der Sohn überlegt und erklärt, noch eine Nacht drüber schlafen zu wollen. In der Nacht wird der kleine Junge vom Gebrüll seines Bruders wach, der die Windeln voll hat. Da er nicht weiß, was er machen soll, geht er ins Schlafzimmer seiner Eltern. Seine Mutter schläft so fest, dass er sie nicht wecken kann, das Bett seines Vaters ist leer. Da geht er zum Dienstmäd-

chen, mit der sich der Vater vergnügt, während der Opa unbemerkt durchs Fenster guckt. Keiner nimmt den Jungen wahr. Da geht er unverrichteter Dinge wieder ins Bett.

Am nächsten Morgen fragt der Vater, ob er nun wisse, was Politik sei. „Ja!“ antwortete der Sohn.

„Der KAPITALISMUS missbraucht die ARBEITERKLASSE und die GEWERKSCHAFT schaut zu, während die REGIERUNG schläft. Das VOLK wird ignoriert und die ZUKUNFT ist beschissen“

Frohes Neues Jahr!

Mutlu yıllar!

С новым годом!

ريخب تن أو ماع لك

Bonne année

Szczęśliwego Nowego Roku

Feliz año nuevo

Ευτυχισμένο το Νέο Έτος

MON 01 JAN

HAPPY NEW YEAR!

Das Redaktionsteam und die
Austeiler der WIR bedanken
sich bei unseren
Leserinnen und Leser
für das entgegengebrachte
Vertrauen.

Wir wünschen allen ein
Frohes Weihnachtsfest und
ein gutes Neues Jahr 2018

